

Presstext

Heikendorf, d. 18. Juni 2007

Gemeinschaftsschul-Genehmigungen aussetzen!

Kiel – „Angesichts der völlig ungeklärten Frage, wie der höhere Lehrerstellenbedarf der Gemeinschaftsschulen ohne Schaden für alle anderen Schularten und –formen gedeckt werden kann, ist die Genehmigung von Gemeinschaftsschulen durch die Bildungsministerin ein unverantwortliches Vorgehen“, kritisierte Ulrich Kliegis, Vorsitzender des Schleswig-Holsteinischen Elternvereins e.V., heute in Kiel die Praxis des Bildungsministeriums. „Es kann nicht angehen, daß Schülerinnen und Schüler je nach Schulart und –form unterschiedlich gut mit Unterrichtsangeboten versorgt werden. Das ist Bildungungerechtigkeit der schlimmsten Art!

Die derzeit vom Bildungsministerium vorangetriebene Forderung an die Schulträger, sich für einen Ersatz der bewährten Haupt- und Realschulen durch Regional- oder Gemeinschaftsschulen zu entscheiden, ist nur mit der Angst zu erklären, nach der Kommunalwahl 2008 nicht mehr genügend Gemeinschaftsschul-Befürworter in den Kommunalparlamenten sitzen zu haben. Das Schulgesetz läßt den Schulträgern dazu Zeit bis 2010.

Es zeigt sich, daß niemand in der Regierungskoalition die Folgen dieses Schulgesetzes auch nur annähernd zu Ende gedacht hat.

Mit der von der Bildungsministerin geschickt gestalteten Zeitplanung, Gemeinschaftsschulen schon ein Jahr vor Regionalschulen zu genehmigen, hat sie ein sinnloses Windhundrennen in den Gemeinden ausgelöst, in denen man dem Traum anhängt, daß eine Gemeinschaftsschule ein Gymnasium ersetzen könnte. Alle Erfahrungen und Untersuchungen beweisen das Gegenteil. Der Weg über die Regionalschule zum Abitur ist da vergleichsweise noch gangbarer, wenn er auch steiniger als der bisherige Weg über die klassische Realschule sein wird.

Vor allem werden sich beide neuen Schularten aber **zum Nachteil der Hauptschüler** auswirken, die in allen vergleichbaren Einrichtungen in der Praxis nur noch als mitlaufendes Rad am Wagen gesehen werden.

Wenn für Gemeinschaftsschulen plädiert wird, dann doch regelmäßig nur mit dem Traum von der gymnasialen Oberstufe. - Wo bleibt das Engagement für die Hauptschüler? Was ist eigentlich Bildungsgerechtigkeit?

Das Bildungsministerium sollte die bereits erteilten Genehmigungen für Gemeinschaftsschulen außer Kraft setzen und die Schulträger in Ruhe ihre Hausaufgaben, nämlich eine **qualifizierte Schulentwicklungsplanung** durchzuführen, machen lassen. Dazu gehört eine detaillierte Personal-, Raum- und Sachmittelplanung.

Alles andere geht nur zu Lasten der Schülerinnen und Schüler, die in ihrer Schulkarriere leider keine Chance haben werden, die durch das Polit-Chaos verursachten Defizite jemals wieder aufzuholen.“

V.i.S.d.P.:
Dr. Ulrich G. Kliegis
Vorsitzender des Schleswig-Holsteinischen Elternvereins e.V.